

Freiheit für unseren Journalisten

Pablo Gonzalez

Von Emilio Díaz Miranda, Hamburg
5. August 2022

Seit mehr als 150 Tagen sitzt der spanische Journalist Pablo Gonzalez – veranlasst durch die polnische Regierung – in Haft. Zunächst wurde er in Isolationshaft gehalten, ohne Kontakt zur Familie und ohne Rechtsbeistand. Als sein Anwalt um Kontaktaufnahme gemäß den europäischen Menschenrechtsstandards bat, erst dann erhob die polnische Staatsanwaltschaft – ohne jegliche Beweise – den Vorwurf der Spionage.

In Wirklichkeit hat Pablo Gonzalez die doppelte Staatsbürgerschaft: die spanische und die russische. Das war sein Verbrechen.

Er war der Sohn spanischer republikanischer Flüchtlinge aus dem Bürgerkrieg von General Franco gegen die Zweite Republik, die im damaligen Sowjetrusland Asyl gefunden hatten. Da er in Russland geboren wurde, hatte er einen russischen Pass, den er bei sich trug. Dies sollte ein ausreichender Beweis dafür sein, dass er das Gefängnis verdient hat, Spionage oder nicht. In unserer "freien Welt" ist es ein Verbrechen, Russe zu sein, es sei denn, man erklärt offen, dass man gegen Putin und die Russische Föderation ist.

An vorderster Front der antirussischen Kampagne steht die derzeitige polnische Regierung, die offiziell weder diktatorisch noch faschistisch ist, obwohl sie eine ultrakonservative Regierung hat, die behauptet, "katholisch" zu sein. Und obwohl sie Papst Franziskus missachtet und Massentreffen von "Exorzisten" gegen Hexen und teuflische Besessenheit fördert.

Diese Regierung hat autoritäre und antidemokratische Gesetze erlassen, insbesondere eines, mit dem Richter in den Ruhestand versetzt wurden, die die Gesetze nach rechtsstaatlichen Kriterien und nicht nach den Maßgaben der derzeitigen Regierung anwenden wollten. Die Europäische Union hat die polnische Regierung vor den europäischen Gerichten verklagt, um die Aufhebung solcher Gesetze zu erreichen, die gegen das liberale demokratische Verständnis verstoßen, das Europa und der zivilisierten Welt gemeinsam ist.

Der Fall Julian Assange spiegelt den kaiserlichen Willen wider, angesichts der eigenen Versäumnisse und Verbrechen zu schweigen. Der Fall von Pablo Gonzalez aber zeigt, dass die polnische Regierung nicht einmal die Mindeststandards der Meinungs- und Pressefreiheit respektiert.

Die Regierungen Spaniens und Europas sind verpflichtet, die sofortige Freilassung unseres Journalisten zu fordern, dessen einziges Verbrechen darin bestand, die systematische Diskriminierung von Kriegsflüchtlingen afrikanischer Herkunft durch die polnischen Behörden an den Grenzen zu kritisieren. Das Verbrechen dieser Flüchtlinge war nicht, dass sie blond und blauäugig waren, sondern dass sie schwarze Haut hatten, obwohl sie in der Ukraine studierten.

Das Schreiben solcher Dinge zeigte den polnischen Chefs, dass dieser "Russe" eindeutig ein Spion war. Wo Konzerte des russischen Komponisten Tschaikowsky verboten und die Verträge eines russischen Dirigenten gekündigt wurden, weil er Putin nicht kritisierte und sein Schweigen nicht ausreichte, da wird eine Unterwerfung unter die "demokratische Ordnung" gefordert. Wo die kritische Einmischung fehlt, werden die Militärbudgets und -ausgaben erhöht, die expansionistischen Ziele der NATO gelobt, um uns besser zu verteidigen und unsere Freiheit zu bewahren. *Denken* ist nur etwas für die Verantwortlichen, scheint die Warschauer Regierung zu denken.

Aber diejenigen von uns, die glauben, dass die Freiheiten für die Entwicklung moderner und demokratischer menschlicher Gesellschaften notwendig sind, haben keine andere Wahl, als die sofortige Freilassung unseres Journalisten Pablo Gonzalez zu fordern.

